

Syrien droht mit Chemiewaffen

EU stockt Nothilfe auf und hilft Nachbarn

Damaskus/Nikosia. Das syrische Regime will seine chemischen und biologischen Waffen nicht gegen die Aufständischen im Bürgerkrieg einsetzen. Die Kampfstoffe seien nur dazu entwickelt worden, um das Land im Falle eines Angriffs von außen verteidigen zu können, sagte Außenamtssprecher Dschihad al-Makdissi. Einen Rücktritt von Präsident Assad, wie ihn die Arabische Liga gefordert hatte, lehnte Makdissi ab. Angesichts des Bürgerkriegs bereitet sich die EU auf einen Ansturm von Flüchtlingen nach Europa und in die Nachbarstaaten Syriens vor. In Syrien selbst sollen eine Million der insgesamt 21 Mil-

lionen einen sichereren Ort gesucht haben, während 100 000 bis 250 000 Syrer das Land bereits verlassen haben. Die EU stellt deshalb 20 Millionen Euro zusätzlich bereit.

Zypern bereitet sich zudem auf die Evakuierung von 200 000 Ausländern aus Syrien vor. Die zypriotische Innenministerin Eleni Mavrou gab beim informellen Treffen der EU-Innenminister in Nikosia bekannt, Zypern sei darauf vorbereitet, diese Menschen während 48 Stunden zu versorgen. Außerdem soll die Rückkehr organisiert werden. (dpa/mtr)

INTERNATIONAL

Seite 6

Holmes vor seinem Richter

Kino-Todesschütze vor Gericht erschienen

Washington. Der mutmaßliche Todesschütze von Aurora ist am Montag erstmals vor Gericht erschienen. Ein Richter in Centennial konfrontierte den 24-Jährigen erstmals öffentlich mit den Haftgründen. James Holmes soll am vergangenen Freitag bei einem Amoklauf während einer Premiere des neuen „Batman“-Films 12 Menschen getötet und 58 verletzt haben.



desstrafe fordern. Fernsehbilder zeigten einen jungen Mann mit grell rot gefärbten Haaren, der während der Anhörung anscheinend Mühe hatte, die Augen offen zu halten. Der Mann trug dunkelrote Gefängnis- kleidung. Holmes verweigerte jegliche Aussage und ließ seinen Pflichtanwalt für sich sprechen.

Der Richter verfügte, dass er in Untersuchungshaft bleiben muss. Im US-Bundesstaat Colorado gilt die Todesstrafe. (dpa)

INTERNATIONAL

Seite 6-7

„Ich wurde plötzlich nervös“

Muller vergibt 1:0-Satzführung gegen Roddick

Atlanta. Gilles Muller (ATP 56) stand am späten Sonntagabend erstmals seit sieben Jahren wieder in einem Endspiel eines ATP-Turniers. Bei den „BB&T Atlanta Open“ (USA/477 900 US-Dollar) war der Linkshänder seinem ersten Erfolg auf der ATP-Tour nahe, musste sich Andy Roddick (USA/22) am Ende jedoch mit 6:1, 6:7 (2:7) und 2:6 geschlagen geben. Dennoch hat der Finaleinzug bei der Generalprobe zu den Olympischen Spielen in London dem 29-Jährigen jede Menge Selbstvertrauen verliehen.

Gegen Roddick musste Muller in den beiden ersten Durchgängen

kein Break hinnehmen. „Die Angst vor dem Sieg“ machte ihm letztlich jedoch einen Strich durch die Rechnung. Dennoch konnte er sich über 150 Weltranglistenpunkte sowie einen Scheck in Höhe von 45 435 US-Dollar freuen. „Ich habe hervorragend ins Spiel gefunden. Auch im zweiten Durchgang war ich bis zum Spielstand von 5:6 der dominierende Spieler. Doch dann wurde ich plötzlich nervös. Mir wurde bewusst, dass mir nur noch einige Punkte zu meinem ersten ATP-Titel fehlen würden“, erklärte Muller. (LW)

SPORT

Seite 27

Teilnahme vor Resultat

Rückblick auf die Luxemburger Olympia-Geschichte

London. Bei den Olympischen Spielen erwartet man heutzutage von den Athleten vor allem Leistung. Das war vor 100 Jahren anders, damals ging es in erster Linie um die Teilnahme, die Leistung war nebensächlich.

Im Hinblick auf die erste offizielle Teilnahme an den Spielen in Stockholm erfasste das olympische Fieber unser Land erst relativ spät, im Mai/Juni 1912. Bis dahin hatten Themen in Zusammenhang mit Olympia in unserem Land kaum eine Rolle gespielt; über die Spiele 1896 in Athen, 1900



in Paris, 1904 in St. Louis in den USA und 1908 in London stand, wenn überhaupt, recht wenig in den Luxemburger Zeitungen. Dabei wurde mehr über die Eröffnungsfeiern mit den Namen der anwesenden gekrönten Häupter geschrieben als über die sportlichen Wettbewerbe.

Das änderte sich erst 1910, als Maurice Pescatore die Session des IOC kurzfristig nach Luxemburg holte. (LW)

SPORT

Seite 28

Kanton Redingen führt

Der „Beki“ kom

Vor kurzem gegründete „De Kär“-Vereinigung löst Gemeinde Beck

VON NICO MULLER

Weltweit gibt es sogenannte Regionalgelder rund 4 500 Mal. Europaweit sind es deren bereits knapp 400. Und in Luxemburg wird es demnächst die Premiere geben. Ab dem 1. Januar des kommenden Jahres soll ein solches Regionalgeld, der sogenannte „Beki“, nämlich auch im Kanton Redingen in Umlauf kommen. Details hierzu wurden der Öffentlichkeit am gestrigen Morgen in Beckerich mitgeteilt.

Wie Bürgermeister Camille Gira erklärte, beschäftigte man sich schon seit mehreren Jahren mit dieser Idee, die sich nun anschiebe, in die Realität umgesetzt zu werden. Nachdem es am 12. Juli des vergangenen Jahres zur Gründung einer Arbeitsgruppe, die sehr viel Vorarbeit geleistet habe, gekommen sei, habe man am vergangenen 18. Juli die „De Kär Asbl“ gegründet. Dies vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ab Mitte des kommenden Jahres keine öffentlichen Gelder mehr zur Förderung dieses Leader-Projekts mit der Bezeichnung „Regio-geld als Entwicklungsfaktor“ fließen werde.

Kaufkraft und Arbeitsplätze in der Region erhalten

Zweck der Vereinigung sei es, die regionale Komplementärwährung herauszugeben, zu verwalten und zu fördern. Daneben sollen der soziale Zusammenhalt und die ökologische Nachhaltigkeit gefördert werden sowie Maßnahmen zur Förderung der regionalen Wirtschaft ergriffen werden. Sowohl Privatpersonen als auch Vereine, Betriebe oder Gemeinden können dieser Vereinigung, der Camille Gira vorsteht, angehören.

Durch die Einführung des Regionalgeldes sollen Kaufkraft und Arbeitskräfte in der Region erhalten bleiben, die regionale Wirtschaft stimuliert werden sowie ein Wa-

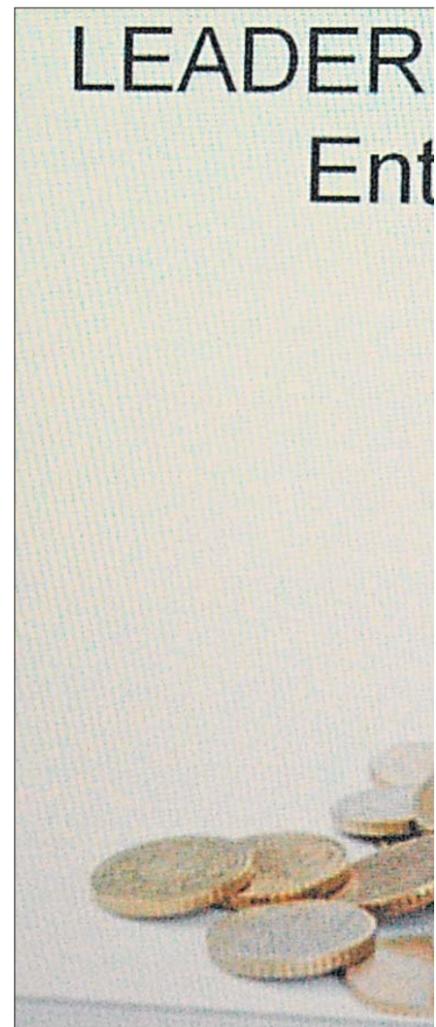
renhandel der kurzen und damit ökologisch nachhaltigen Wege gefördert werden, wie Gira weiter erklärte. Der „Beki“ soll aber auch als eine Art Botschafter auftreten, um die Bevölkerung für einen bewussteren Umgang mit dem Geld zu sensibilisieren.

Max Hilbert, Koordinator des Projekts, ging in der Folge näher auf das Konzept der künftigen Regionalwährung ein. So muss man sich den „Beki“, den es nur in Scheinen mit Stückelungen von einem, zwei, fünf, zehn, 20 und 50 Beki geben wird, nicht als echten Geldschein, sondern vielmehr als Gutschein, der nach einer gewissen Zeit seine Gültigkeit verliert, vorstellen.

Privatpersonen tauschen bei den Banken Euros eins zu eins gegen „Beki“. Damit kaufen sie bei den teilnehmenden Betrieben ein. Diese wiederum kaufen untereinander mit „Beki“ ein, nutzen ihn für Privateinkäufe, geben „Beki“ als Rabatt an Kunden usw.

Beim Rücktausch in Euro wird ein fünfprozentiger Beitrag berechnet, um die Betriebe zu animieren, den „Beki“ weiter zu benutzen und somit eine regionale Dynamik entstehen zu lassen. Zwei Prozent dieses Beitrags dienen der Finanzierung der „De Kär“-Vereinigung. Die restlichen drei Prozent kommen einem sozialen Zweck zugute, wobei derjenige, der die „Beki“ in Umlauf brachte, bestimmt für welchen der vier folgenden: „Op der Schock Asbl“ Redingen, „Autisme Luxembourg Asbl“ Beckerich, ein Projekt im „Atert Lycée Réiden“ oder die „De Kär“ Asbl.

Der „Beki“ ist ein Tausch- und Bezahlmittel zwischen Mitgliedern der Vereinigung „De Kär“. Jeder, der Euros gegen Bekis eintauschen will und damit das Regionalgeld in Umlauf bringt, muss also Vereinsmitglied sein. Die Mitgliedschaft kostet zehn Euro für Privatpersonen, 25 für Vereine sowie 100 für Betriebe und Gemeinden. Die Re-



Durch die Einführung des Regionalgeldes Warenhandel der kurzen und damit öko

gionalwährung soll dem Geld, das häufig ja auch aus Spekulationsgründen gehortet wird, seinen eigentlichen Zweck, nämlich den des Zahlungsmittels, wiedergeben. Hierzu wird es mit einem Umlaufimpuls in Form eines gewissen Wertverlusts im Laufe der Zeit versehen. Auch der oben erwähnten Fünf-Prozent-Beitrag beim Umtausch dient diesem Zweck. Für den Kunden gibt es keinen Nachteil

Das Wunder

Wie eine Komplementärwährung zur Zeit der Weltwirt

ten Silvio Gesell basierend, wurden diese Arbeitswertscheine mit einer monatlichen Abwertung von einem Prozent versehen, um statt der Hortung einen steten Umlauf zu garantieren, während eine Umwechselförderung von zwei Prozent einen sofortigen Rücktausch in Schilling verhindern sollte.

Dem Geld Beine machen ...

Der volle Wert eines Scheines wurde durch das monatlich notwendige Aufkleben von Stempelmarken garantiert, derweil bei Wertverlusten Letztere dem Armenfonds zuflossen. Als Deckung hinterlegte der Wohlfahrtsausschuss übrigens den Wert der ausgegebenen Arbeitswertscheine in Schilling bei der örtlichen Raiffeisenkasse, die eng in das Nothilfekonzept eingebunden war.

Im Juli 1932 begann die Gemeinde sodann mit der Durchfüh-

rung größerer Bauprojekte zur Ankurbelung der Wirtschaft, wobei die Entlohnung der Arbeiter erstmals in den neuen Arbeitswertscheinen erfolgte. Diese wurden durch das begrenzte Umlaufgebiet des Wörgler Schwundgelds und den drohenden Abwertungsverlust wiederum recht zügig in den lokalen Geschäften ausgegeben, die sich nach anfänglichem Zögern schließlich zur Annahme des „Wörgler Freigelds“ bereit erklärt hatten. Der Beginn eines Geldkreislaufs, der auf geradezu erstaunliche Weise an Schwung gewann und zu einer raschen Erholung des Wirtschafts- und Steuerwesens führte.

In den 13,5 Monaten des Währungsexperiments sank die Arbeitslosenquote in Wörgl beträchtlich, indessen sie in Österreich weiter anstieg. Historiker errechneten, dass ein Schilling Wörgler Geldes durch den steten Umlauf jährlich für den Absatz von Waren im Wert

eigene regionale Währung ein

mt am 1. Januar

erich als Projektträger ab und übernimmt die Verwaltung des Beki

Projekt "Regiogeld als wicklungsfaktor"



sollen Kaufkraft und Arbeitskräfte in der Region erhalten bleiben, die regionale Wirtschaft stimuliert werden sowie ein logisch nachhaltigen Wege gefördert werden.

(FOTO: NICO MULLER)

beim Einkaufen mit Beki, so lange er es nicht umtauscht. Für den Unternehmer liegt der Anreiz vor allem an der Bindung der Kundschaft an die Region und natürlich auch an sein Geschäft, da der „Beki“ lediglich innerhalb des Kantons ausgegeben werden kann.

Das Regiogeld erhält damit den Charakter eines Gutscheins, hinter dem sich eine Dynamik des regionalen Denkens verbirgt. Wie

Camille Gira abschließend noch präziserte, sei das nicht alltägliche Beki-Projekt bei Firmen, Vereinen und Bürgern bisher auf sehr positive Resonanz gestoßen.

Die nächsten Schritte seien der Aufbau einer Internetseite (www.beki.lu) in den kommenden Monaten, eine Konferenz mit Franz Galler, dem Initiator des seit acht Jahren bestehenden „Sterntaler“, einem Regiogeld in Bayern, am 24.

September, die Gestaltung der „Beki“-Scheine durch die Künstlerin Patricia Lippert und die Aufnahme der Betriebe.

Er bedankte sich schließlich u.a. auch noch bei den anderen Mitgliedern des „De Kär“-Vorstands, die übrigens nicht alle aus dem Kanton Redingen stammten. Aus Sympathie für die Idee des Regiogelds hätten sich nämlich auch einige auswärtige Kandidaten gemeldet.

von Wörgl

schaftskrise zum erfolgreichen „Notgroschen“ wurde



Das Roosevelt-Denkmal in Washington erinnert bis heute an die unzähligen Arbeitslosen der „Great Depression“. Im österreichischen Wörgl begegnete man der Weltwirtschaftskrise auf unkonventionelle Art. (FOTO: SHUTTERSTOCK)

von 73 Schilling sorgte. Das Geheimnis des Erfolgs: Möglichst viele Menschen müssen möglichst oft Geld ausgeben ...

Von Tirol hinaus in die Welt

Dass die Ausgabe des Wörgler Schwundgeldes trotz des Erfolgs bereits 1933 wieder eingestellt wurde, lag derweil an der Österreichischen Nationalbank, die um ihr Geldausgabemonopol besorgt, schließlich über die Behörden ein Verbot erzwang. Dennoch war das „Wunder von Wörgl“ nicht unbemerkt geblieben. Das Konzept fand europaweit aktive Nachahmer. 1934 besuchte der französische Ministerpräsident Edouard Daladier die Ortschaft und selbst im US-Senat wurde 1933 über den Wörgler Währungsversuch debattiert. Die Faszination ist bis heute geblieben. (jl)

www.unterguggenberger.org

LEITARTIKEL

London geht auf Distanz

Wenn in drei Tagen die Olympischen Sommerspiele feierlich eröffnet werden, wird Großbritannien sich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit sonnen.



„London fordert Kompetenzen von der EU zurück.“

WOLF VON LEIPZIG

So weltoffen, wie sich London dieser Tage gibt, so zugeknöpft gibt sich die britische Hauptstadt momentan gegenüber dem „Kontinent“. Europapolitisch bahnt sich in Großbritannien eine Wende an. So hat die Regierung vor zwölf Tagen angekündigt, Großbritanniens Verhältnis zu Europa überprüfen und neu definieren zu wollen.

Nach außen hin geht es in einem ersten Schritt um eine umfassende Bestandsaufnahme der an die EU abgetretenen Kompetenzen. In einem zweiten Schritt will die Regierung Großbritanniens Platz im Einigungsprozess klären. Wie Europaminister David Lidington ausführte, soll die Studie Ende 2014 abgeschlossen werden, d. h. in zweieinhalb Jahren! Am Ende dieses Prozesses könnte gar ein Referendum über Großbritanniens künftige Rolle in der EU stehen.

Die Wolle-gefärbte Abneigung der britischen Konservativen gegen alles, was „unbritisch“ erscheint, ist hinreichend bekannt und schwelt schon, seitdem die Tories im Mai 2010 an die Macht zurückgekehrt sind und hat immer wieder zu Spannungen in der Koalition mit den (für britische Verhältnisse) Europa-freundlichen Liberaldemokraten geführt. David Cameron hat zunehmend Mühe, diesen seit Regierungsantritt mühsam gewährten Status quo zu retten. Daher hat der Premier auf ein bewährtes Mittel zurückgegriffen: Wenn man sich nicht einig ist, gründet man einen Ausschuss. So hofft der eher pragmatische Cameron, den Burgfrieden zwischen seiner Partei und den Liberaldemokraten bis zu den nächsten regulären Neuwahlen zu retten.

Dass diese Ankündigung jetzt kommt, hat jedoch weniger in-

nen- als europapolitische Gründe. Bereits der Gründung der Eurozone blieben die Briten fern. Und als Ende vergangenen Jahres der Fiskalpakt ausgehandelt wurde, hatte Cameron im Gegenzug für seine Zustimmung – vergeblich – Ausnahmeregelungen für den Finanzplatz London gefordert. Heute herrscht an der Themse Furcht vor einem „großen Sprung nach vorn“ im Gefolge der Eurokrise. Am Horizont tauchen eine europäische Bankenunion mit einer zentralen europäischen Bankenaufsicht, eine Wirtschaftsunion mit koordinierten Wirtschaftspolitiken, eine Fiskalunion mit Eurobonds und eine politische Union mit einem gestärkten Europaparlament auf.

Diese Ideen stellen wahre Horrorszenarien für die Konservativen – und eine mögliche Gefährdung des Finanzplatzes London dar. Allerdings dürfte dafür eine Änderung der EU-Verträge nötig sein. Und hier will London ansetzen: Für seine Zustimmung fordert es Konzessionen. Wie Schottland, das 2014 ein Referendum über eine Unabhängigkeit abhalten will, dürfte Großbritannien ebenfalls eine Rückübertragung von EU-Kompetenzen, eine „Devolution“ fordern.

Was bedeutet das für Londons EU-Partner? Großbritannien wird einerseits suchen, weiterhin Einfluss auf die EU-Entwicklung zu nehmen, andererseits sich jedoch jedes Stillhalten politisch teuer bezahlen lassen. Premier Jean-Claude Juncker, der vorige Woche in London mit Vize-Premier Nick Clegg über Lage in der EU, der Eurozone und vor allem die Chancen für eine europäische Bankenunion sprach, dürfte eine Vorstellung davon haben.

wolf.leipzig@wort.lu

DER KOMMENTAR

Keine Revolution, und doch ...

Mit einer gewissen Begeisterung wurde gestern im Kanton Redingen der „Beki“ vorgestellt. Soll das in Luxemburg bislang einzigartige Projekt mit dem Regiogeld ein Erfolg werden, muss es den Verantwortlichen nun gelingen, auch andere mit ihrer Begeisterung anzustecken. Denn nur die Entfesselung eines aktiven und dynamischen Prozesses entscheidet über kurz oder lang über Erfolg oder Scheitern des „Beki“.

In Wörgl funktionierte das Konzept seinerzeit, weil das bestehende Finanz- und Wirtschaftssystem im Zuge der Weltwirtschaftskrise zusammengebrochen war. Und im bayerischen Chiemgau etwa, wo bereits seit Jahren ein erfolgreiches Regiogeld zirkuliert, identifizieren sich eben immer noch genügend

Bürger mit den ethischen Leitgedanken des Regiogeldes. Nämlich dem Geld wieder zu seinem ursprünglichen Zweck als Mittel des Tauschhandels und nicht der zinsbringenden Hortung zu verhalten und zugleich ein Zeichen für ein nachhaltigeres und verantwortungsvolleres Finanz- und Wirtschaftssystem zu setzen.

Sicherlich, wie auch Camille Gira und seine Mitstreiter wissen, wird der „Beki“ die Welt nicht revolutionieren, doch von den ethischen Grundgedanken des „Beki“ könnten sich so manche Finanz- und Wirtschaftsakteure eine Scheibe abschneiden. Insbesondere nach den von Finanzjongleuren und Börsenspekulanten getragenen Auswüchsen, deren Folgen die Welt seit Jahren spürt.

JOHN LAMBERTY